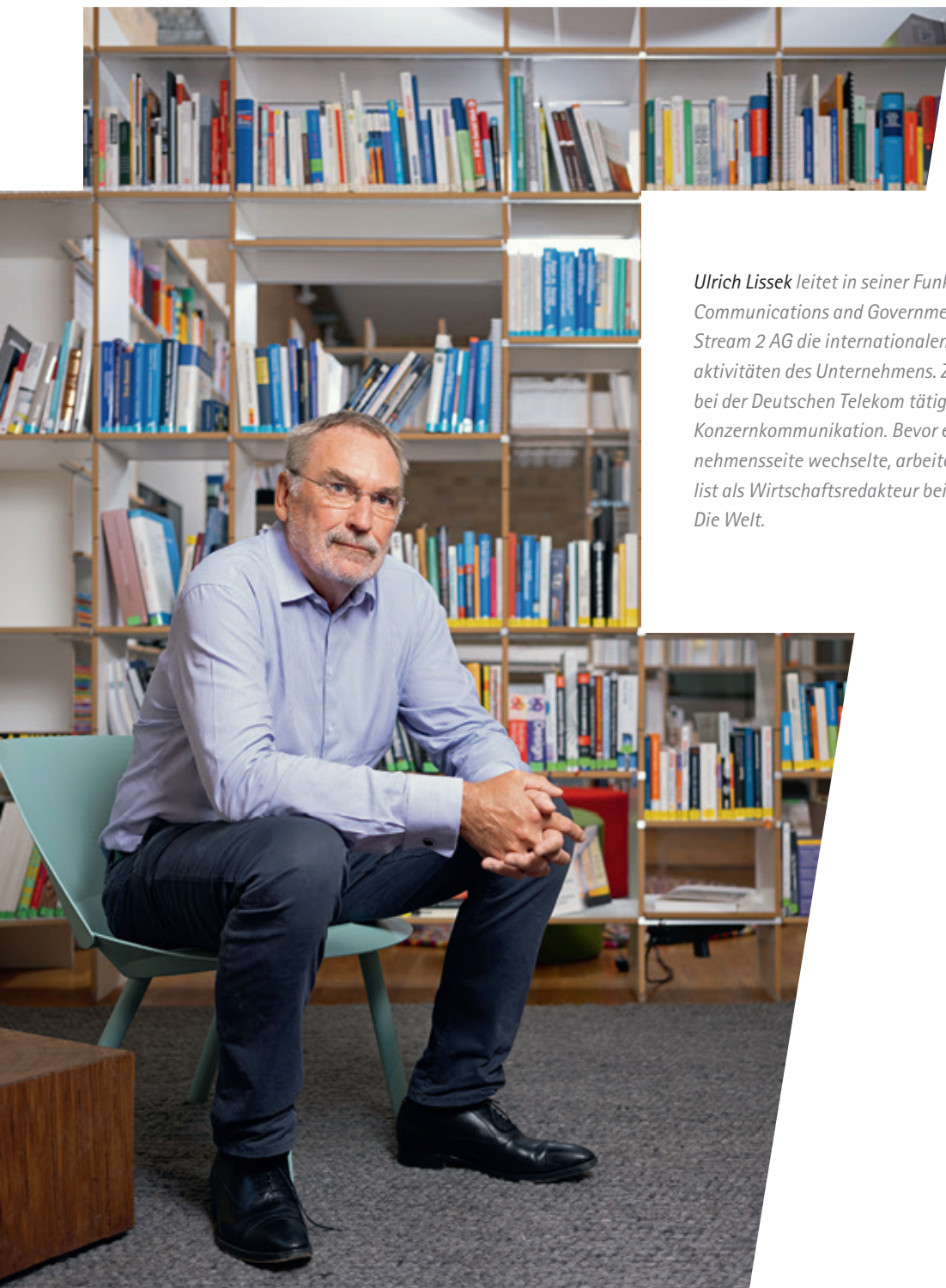


„Die Branche braucht Planungssicherheit“

Nord Stream 2 ist immer wieder von politischer Einflussnahme betroffen. Ulrich Lissek erklärt, warum dies gerade bei Infrastrukturprojekten problematisch ist



Ulrich Lissek leitet in seiner Funktion als Head of Communications and Governmental Relations der Nord Stream 2 AG die internationalen Kommunikationsaktivitäten des Unternehmens. Zuvor war Lissek 15 Jahre bei der Deutschen Telekom tätig, zuletzt als Leiter Konzernkommunikation. Bevor er auf die Unternehmensseite wechselte, arbeitete der gelernte Journalist als Wirtschaftsredakteur bei der Tageszeitung Die Welt.



„Die Investitionszeiträume
für Energieinfrastruktur
und Großprojekte
sind länger als
Legislaturperioden.“

U *Energieversorgungssicherheit in einer modernen Industrienation besteht immer aus einem Mix, der aus vielen Quellen zusammengestellt werden kann. Warum benötigt Deutschland weiteres Erdgas aus Russland?*

Als eine führende Industrienation braucht Deutschland vor allem eine verlässliche Energieversorgung, weil wesentliche Quellen sich verabschieden. In zwei Jahren geht das letzte Atomkraftwerk hierzulande vom Netz, der Kohleausstieg ist beschlossen. Erdgas ist dann die einzige „Molekül-Energie“, die überhaupt noch zur Verfügung steht. Dabei ist es egal, woher dieses Gas für Europa kommt – Hauptsache sicher und bezahlbar. Bei aller politischen Diskussion zu russischem Gas – am Markt muss man feststellen, dass in Deutschland das russische Gas am Ende nur acht Prozent der heimischen Energieversorgung ausmacht. Trotzdem ist und bleibt es ein Grundpfeiler für einen stabilen Energiemix.

U *Stichpunkt Stabilität der Energieversorgung – wie ist Deutschland hier positioniert?*

Rein technisch gesehen außerordentlich gut. Das betrifft die Vernetzung der Infrastruktur, die Innovationsfähigkeit der Energiebranche, die Diversifizierung der Energiequellen und Lieferländer. Das trifft auch für Europa zu – es gibt kaum noch abgehängte Märkte. Die Probleme liegen eher woanders: Die Investitionszeiträume für Energie-Infrastruktur und Großprojekte sind länger als Legislaturperioden. Die Branche braucht Planungssicherheit für Milliardeninvestitionen, die auf Jahrzehnte ausgelegt sind. Das ist leider nicht immer der Fall, wie sich aktuell bei der Brüsseler Gasdirektive zeigt. Mitten in der

Konstruktion der Pipeline wurden einfach die Spielregeln geändert. Jeder Häuslebauer wäre begeistert, wenn kurz vor Fertigstellung seines Eigenheimes mal eben die Dachneigung per Verordnung verbindlich neu definiert wird. Und um noch einen draufzusetzen: Nur für ihr Haus, die anderen Bauvorhaben werden nicht angefasst. Aber nicht nur die konventionellen Energieprojekte haben hier zu kämpfen. Wir sehen bei den regenerativen Energien auch eine Vielzahl von politischen und regionalen Widerständen, die die Energiewende alleine schon in den Genehmigungsprozessen unglaublich verzögern.

U *Klientel-Politik als Problem?*

Es ist sicher absolut richtig, in den Genehmigungsverfahren alle Beteiligten zu hören und ihre Bedenken abzuwägen. Es kann aber doch nicht sein, dass genehmigungsrechtlich abgeschlossene Projekte durch Interessensgruppen wieder einkassiert werden. Am Ende verzögern sich Projekte, werden teurer – und die Zeche zahlt der Verbraucher oder Steuerzahler. Ich würde mir wünschen, dass hier die Politik – gerade auch vor Ort – stabil

bei ihren Entscheidungen bleibt. Wenn wir uns im Klein-Klein individueller Bedenken (die ja schon im Genehmigungsverfahren gewertet wurden) verirren und das große Ganze aus den Augen verlieren, wird das den Standort Deutschland gewiss nicht stärker machen. Dabei ist die Diskussion um die Tesla-Fabrik schon exemplarisch.

U *Wie kann Deutschland in der EU eine nachhaltige Energieversorgung voranbringen?*

Für mich ganz einfach: Indem Deutschland beweist, dass die Energiewende funktioniert – klimafreundlich, wettbewerbsfähig und erschwinglich. Nur so kann eine Vorreiterrolle und eine nachhaltige Akzeptanz erreicht werden. Dabei sollten politische Interventionen in den Markt auf ein zwingend notwendiges Minimum reduziert werden. Die öffentliche Hand kann verbindliche Klimaziele vorgeben, muss es aber den Anbietern und Verbrauchern überlassen, sich für die effizientesten Lösungen zu entscheiden.

U *Haben Sie keine Sorgen, dass die Energiewende Projekte wie Ihres überflüssig macht?*

Nein. Diese Diskussion wird fast nur in Deutschland geführt. Sicher ist, wenn ich aus der Kohle und der Atomkraft aussteige, dann brauche ich für Jahrzehnte Erdgas als Brücke, bis ich mich komplett regenerativ versorgen kann und die Verbraucher und Industrie kostentechnisch nicht überlastet. Selbst dann benötige ich noch Reservekraftwerke, die jederzeit anspringen können. Hier auf nur Windkraft und Photovoltaik zu setzen, verkennt nicht nur die Komplexität von Energiemärkten, sondern auch von kommenden technischen Entwicklungen. Neh-



„Europäische
Energieversorgung
ist zum Spielball von
Geopolitik und nationaler
Wirtschaftsförderung
geworden.“

men wir das Beispiel Wasserstoff. Sie können ihn aus Erdgas herstellen oder über Elektrolyse. Mit den bestehenden Infrastrukturen kann der Energieträger – egal wo er produziert wird – in jeden Winkel des Kontinents geleitet werden. Holland setzt hier neue Maßstäbe. Erdgas muss heute Kohle ersetzen, morgen den Grundstoff für Wasserstoff bilden und Pipelines werden den transportieren. Insofern passt Nord Stream 2 bei konstruktiver Betrachtung absolut zur Energiewende.

U Muss Deutschland in der EU mehr Nachhaltigkeit einfordern oder sich, wie von einigen Ländern gewünscht, mehr zurücknehmen?

Ich sehe mich nicht in der Position, hier irgendwelche Ratschläge zu geben. Es ist schwer, es immer allen recht zu machen. Politik heißt für mich im Idealfall Leadership bei Ausgleich von Interessen. Bei der Energiewende und in Sachen Nachhaltigkeit sehen uns viele als Musterknabe, der ungefragt gute Ratschläge erteilt, andere sind da „pragmatischer“ oder vielleicht noch nicht so weit.

U Welche Rahmenbedingungen müssen für eine nachhaltige Infrastruktur national beziehungsweise international noch geschaffen oder optimiert werden?

National kann man meiner Überzeugung nach eine Energiestrategie für Infrastruktur nur durch strikte Vorrangregelungen umsetzen. Anderenfalls müssen wir damit leben, dass ein Stück Hochspannungsleitung für die Umsetzung weiterhin mehr als zehn Jahre benötigt. Wir müssen die Genehmigungsverfahren signifikant beschleunigen. Noch schwieriger wird es international. Energiemärkte und Infrastrukturprojekte sind Projektionsfläche für Handelsstreits und geopolitische Machtspiele. Zölle und Sanktionen, Zugriff auf künftig wichtige Rohstoffe wie seltene Erden – die Palette ist breit. Und leider sind wir hier weiter denn je von verlässlichen Rahmenbedingungen entfernt.

U Welche Verantwortung tragen Unternehmen für die Entwicklung einer modernen Infrastruktur?

Unternehmen investieren ihr Geld in die Entwicklung von Infrastruktur, die Politik steckt den Rahmen dafür ab. Unsere Verantwortung besteht darin, der „licence to construct and operate“ gerecht zu werden: Das heißt Umweltbeeinträchtigungen zu minimieren und zu kompensieren. Beim Nord-Stream-2-Projekt haben wir mit unserem Umweltkonzept dafür Genehmigungen von fünf Staaten erhalten. Und das trotz des geopolitischen Gegenwinds.

U Apropos Gegenwind. Wir haben gerade eine massive amerikanische Intervention bei Nord Stream 2 erlebt. Welchen Einfluss haben geopolitische Konflikte und Interessen heute auf Energieversorgung?

Europäische Energieversorgung ist zum Spielball von Geopolitik und nationaler Wirtschaftsförderung geworden. Es ist schon bemerkenswert, wenn US-amerikanische Minister und Botschafter Energieexporte als Mittel amerikanischer Außenpolitik aktiv propagieren und druckvoll nutzen. Mit exterritorialen Sanktionen gegen unsere Auftragnehmer, die von der EU als Verstoß gegen internationales Recht abgelehnt werden, diktieren die USA hier europäische Energiepolitik. Oder nehmen wir die Rolle der Ukraine: Berlin hat sich unglaublich dafür eingesetzt, dass der neue Transitvertrag zwischen Russland und der Ukraine kurz nach Weihnachten unterschrieben wurde, mit guten Konditionen für Kiew. Gleichzeitig lobbyiert die Ukraine weiterhin intensiv in Washington, um unser Projekt – das von

Deutschland politisch flankiert und von der EU wirtschaftlich benötigt wird – zu torpedieren. Nachrichtenagenturen zitierten den Naftogaz-Chef von einer Veranstaltung im März in Washington mit den Worten; „Wir sind hier um sicherzustellen, dass das Projekt tatsächlich tot ist.“ Ein merkwürdiges Verständnis von Kooperation und Partnerschaft.

U Wie können diese externen Einflüsse minimiert, umgangen oder gelöst werden, wenn sie gegen europäische Interessen verstoßen?

Die EU muss ihre Souveränität auch gegenüber Partnern klarmachen und durchsetzen. Für mich steht es außer Frage: Hier geht es gar nicht um Nord Stream 2, dazu sind wir eigentlich geopolitisch zu unbedeutend. Es geht um die klare Ansage an die USA, wer hier die Regeln setzt und wer nicht. Heute geht es „nur“ um eine Gasleitung, morgen folgen Autobauer, Stahlproduzenten und Landwirte. Man konnte ja am Beispiel China sehen, mit welcher Mechanik gearbeitet wurde.

Die Fragen stellte Gabriele Kalt.